

FRAUENFEINDLICH AUF ALLEN LINIEN: KICKL, ORBAN UND DIE RECHTSPOPULISTEN

Ein Ziel eint die Rechtspopulisten in ganz Europa: Frauen sollen in ihre traditionelle Rolle als Hausfrau und Mutter zurückgedrängt werden, denn nur darin können sie ihre "Erfüllung" finden. In diesem Sinn leugnen Rechtspopulisten, dass Frauen weniger Einkommen, Macht und Entfaltungschancen haben als Männer. Daher lehnen Rechtspopulisten den Schutz der Frauen vor "struktureller Gewalt" ab, weil es eine solche gar nicht gäbe. So wie für ihr Vorbild Orban und Co. besteht das größte "Privileg" der Frauen darin, Kinder gebären und aufziehen zu dürfen, ihr Leben der Familie und der Haushaltsführung zu widmen, und den Männern "den Rücken freizuhalten".

Hier wird zunächst die Haltung der FPÖ zur Gewalt gegen Frauen dokumentiert und danach ihre Position zur Rolle der Frau im Allgemeinen, insbesondere fokussiert auf "ihre Rolle als Hausfrau und Mutter".

GEWALT GEGEN FRAUEN: RECHTSPOPULISTEN WOLLEN DAGEGEN NICHT KÄMPFEN

Am 11. Mai 2011 wurde das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) von Österreich und den meisten Staaten der Europäischen Union unterfertigt und am 1. August 2014 ratifiziert.

Ungarn ist dem Übereinkommen zwar am 14. März 2014 beigetreten, allerdings weigert sich die Regierung von Viktor Orbán seit 10 Jahren, dieses auch zu ratifizieren - es bleibt daher für Ungarn rechtlich unverbindlich.

Was steckt hinter dieser Weigerung und was hat sie mit Kickl und Co. zu tun? Betrachten wir dazu Passagen der Istanbul-Konvention, Äußerungen der Orbán-Vertrauten Katalin Novák sowie von Kickl & Co. zur Rolle der Frau:

In der Präambel der Istanbul-Konvention heißt es:

„Die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Unterzeichner dieses Übereinkommens

(.....)

in Anerkennung der Tatsache, dass die Verwirklichung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ein wesentliches Element der Verhütung von Gewalt an Frauen ist;

in Anerkennung der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen der Ausdruck historisch gewachsener ungleicher Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern ist, die zur Beherrschung und Diskriminierung der Frau durch den Mann und zur Verhinderung der vollständigen Gleichstellung der Frau geführt haben;

in Anerkennung der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen als geschlechtsspezifische Gewalt strukturellen Charakter hat, sowie der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen einer der entscheidenden sozialen Mechanismen ist, durch den Frauen in eine untergeordnete Position gegenüber Männern gezwungen werden;

(.....)

sind wie folgt übereingekommen (...)“



Doch das von Orban kontrollierte ungarische lehnt im Mai eine Ratifizierung ab, weil die Konvention "destruktive Gender-Ideologien" sowie "illegale Einwanderung" unterstütze. Denn die Konvention verpflichtet zur Aufnahme von Flüchtlingen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts verfolgt werden.

Wie in vielen anderen Bereichen spielt Viktor Orban die Rolle einer Galionsfigur der rechtspopulistischen Parteien in ganz Europa: Sie lehnen die Istanbul-Konvention und damit den Kampf gegen Gewalt an Frauen ab.

FPÖ UND DIE GEWALT GEGEN FRAUEN

Die Weigerung Ungarns, die Istanbul-Konvention zu ratifizieren, wurde am 10. Dezember 2020 im Nationalrat zum Thema „Europaweiter Einsatz gegen Gewalt an Frauen“ diskutiert und von der FPÖ-Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Susanne Fürst verteidigt:

„Man muss schon auch aussprechen, dass diese [Istanbul-Konvention] sich eben nicht ausschließlich der Bekämpfung echter Gewalt gegen Frauen widmet, sondern dass da sehr wohl (...) eine Ideologie dahintersteckt, die man ablehnen darf (...). In der Konvention wird der Gewaltbegriff sehr exzessiv definiert, weil zum Beispiel schon ein Familienleben mit klassischer Rollenaufteilung – wenn die Frau sich mehr der Kindererziehung widmet und mehr Hausarbeit leistet als der Mann – sozusagen schon als überaltertes Verhaltensmuster, das gesellschaftlich zugewiesen wurde, als Teil der strukturellen Gewalt angesehen wird (...). Man muss schon aufpassen, wenn da von Gewalt die Rede ist. Wir [die FPÖ] verstehen darunter echte körperliche Gewalt.“ (Aus: Stenographisches Protokoll 69. Sitzung der XXVII. Gesetzperiode des Nationalrates, 10.12.2020)

Doch was steht dazu tatsächlich in der Istanbul-Konvention? Unter Artikel 3 finden wir:

„Im Sinne dieses Übereinkommens wird der Begriff „Gewalt gegen Frauen“ als eine Menschenrechtsverletzung und Diskriminierung verstanden und bezeichnet alle Handlungen geschlechtsspezifischer Gewalt, die zu körperlichen, sexuellen, psychischen oder wirtschaftlichen Schäden oder Leiden führen oder führen können, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, der Nötigung oder der willkürlichen Freiheitsentziehung, sei es im öffentlichen oder privaten Leben.

(...) bezeichnet der Begriff „häusliche Gewalt“ alle Handlungen körperlicher, sexueller, psychischer oder wirtschaftlicher Gewalt, die innerhalb der Familie oder des Haushaltes (...) vorkommen.“

Im Sinne der Istanbul-Konvention sind somit richtigerweise nicht nur Männer, die ihre Frauen prügeln, gewalttätig, sondern auch jene, die sie zu Hause einsperren und patriarchalisch in wirtschaftlicher Abhängigkeit halten. Und wegen dieser „Ideologie“ und „sehr exzessiven Gewaltdefinition“ zeigen Kickl & Co. großes Verständnis dafür, dass Orbán die Istanbul-Konvention nicht ratifiziert. Es wäre daher nicht verwunderlich, wenn Österreich mit Kickl & Co. in der Regierung dieses Übereinkommen gegen die Gewalt an Frauen wieder außer Kraft setzt. Die Türkei unter Erdogan hat sich ja trotz ursprünglicher Ratifizierung auch wieder daraus zurückgezogen.

Noch weiter ging die (damalige) FPÖ-Stadträtin von Amstetten, Brigitte Kashofer, mit ihrer 2012 aufgestellten These „Frauenhäuser zerstören Ehen!“. Also nicht der gewalttätige Partner zerstört die Ehe, sondern die Schutzeinrichtung, in der das Opfer Zuflucht gesucht hat!

Für Österreich hat diese gewaltverharmlosende Rhetorik unter der schwarz-blauen Regierung 2018 Kürzungen von über 1 Million Euro für Familienberatungsstellen, Fraueneinrichtungen wie Frauenhäuser und die Familienhilfe von betroffenen Frauen und Kindern bedeutet. Mit diesen Kürzungen wurden Fraueneinrichtungen gezielt geschwächt. Die Konsequenz: Weniger Schutz von Frauen und Kindern vor der psychischen und physischen Gewalt der (Ehe)Partner und Väter.

DIE AUFGABE DER FRAU - WIE KICKL, ORBAN UND CO. SIE (SICH) ZURICHTEN WOLLEN

Frauen sollten ihren Wunsch nach Gleichberechtigung mit den Männern wieder aufgeben und überhaupt den ganzen Kampf um die Emanzipation. Auf den Punkt bringt diesen Wunsch aller Rechtspopulisten die frühere Familienministerin und Staatspräsidentin Katalin Novák, eine enge Vertraute und Mitkämpferin von Viktor Orban:

„Wir [die Frauen] sollten nicht glauben, dass wir uns jeden Moment unseres Lebens vergleichen müssen und mindestens dieselbe Position und Bezahlung erreichen müssen. Geben wir unsere Privilegien nicht wegen eines falsch verstandenen Kampfes für Emanzipation auf.“ (Aus: Testlabor Ungarn: Frauen zurück an den Herd, Thyra Veder-Malberg, Osteuropa-Redaktion MDR, 11.10.2022)

Was sind nun die „Privilegien“ der Frauen, von denen Novák spricht? Das beantwortete sie als Staatspräsidentin Ungarns in ihrer Rede anlässlich der Jahrestagung der UN-Kommission zur Rechtsstellung der Frau vom 7. März 2023 in New York:

„Frauen haben das Privileg, Kinder zu gebären. Wir können Armeen führen, wir können Staaten regieren, aber das Wichtigste und Unverzichtbarste ist unsere eigene Familie. Dort und nur dort sind wir unersetzlich.“ (Aus: Ungarn Heute, 7.3.2023)

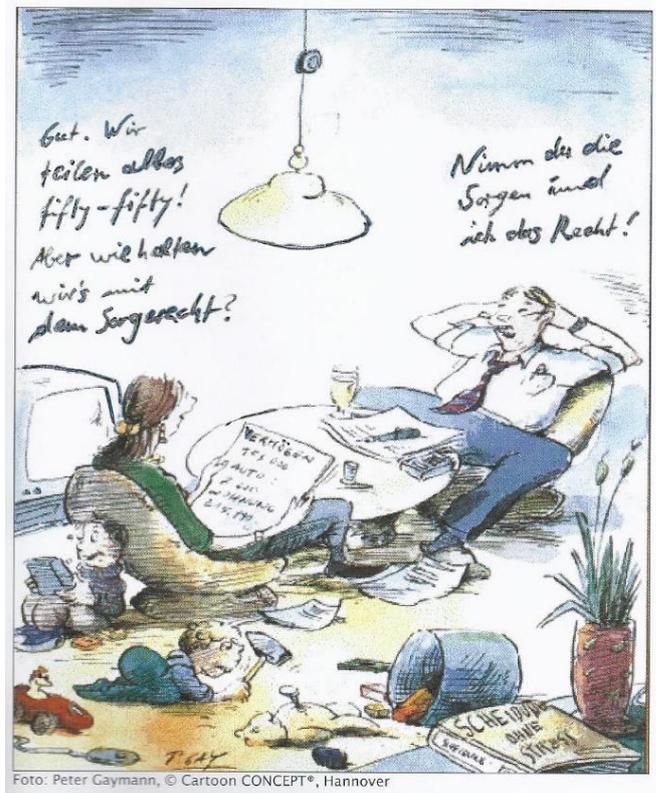
Katalin Novák trat kürzlich als Staatspräsidentin Ungarns zurück – sie hatte der Begnadigung eines wegen des Verbrechens der Pädophilie Verurteilten zugestimmt. An der politisch gewünschten Rolle der Frau in Ungarn wird dies jedoch nichts ändern: Novák war und ist das Sprachrohr Orbans. Und der ist weiter an der Macht.

Welches Frauenbild Herbert Kickl bevorzugt, verkündigte er jüngst seinen Wählerinnen via Youtube-Video:

„Ihr managt den Haushalt, ihr besorgt die Einkäufe, ihr organisiert die täglichen Mahlzeiten, ihr übernehmt die Kinderbetreuung und Kindererziehung. Ihr, liebe Frauen, seid es, die den Männern daheim den Rücken freihalten!“ (Aus: Kickl und die Frauen, Nora Schäffer, Wiener Zeitung, 4.3.2024)

Dieses 3 Minuten Video von Kickl - „eine Botschaft an alle Frauen dieses Landes“ - sollten sich wirklich alle Frauen anschauen, um zu erfahren, was der „Volkskanzler“ mit ihnen vorhat - frau muss nur die versteckten Hauptbotschaften entschlüsseln: Er dankt den „lieben Frauen“ dafür, dass sie alle Hausarbeit machen, daneben mit Teilzeitjobs vorlieb nehmen, geringere Entlohnung schlucken, auch eine geringere Pension, etc. Aber diese Ungerechtigkeiten soll man nicht beseitigen, sondern was die Frauen dafür verdienen, ist der Dank von Herbert Kickl.

Und wenn die freigehaltenen Männerrücken sich dann von der ständig putzenden Frau entnervt trennen möchten, sieht die Sorge für die gemeinsamen Kinder nach der Scheidung so aus:



WIEDER "HEIMCHEN AM HERD"

Die Rolle der Frau ist nach dem 2016 erschienenen (rechtsextremen) Buch „Für ein freies Österreich“ der FPÖ-Politiker Michael Howanietz und Norbert Hofer die einer Mutter und Ehefrau, die sich um die „Brutpflege“ kümmert. Das „beglückende Wunder der Mutterschaft“ ist die wichtigste Aufgabe einer Frau. Und natürlich „den Männern den Rücken freihalten“

FPÖ-Frauensprecherin Rosa Ecker sieht „Kinder auf die Welt zu bringen und [sie] zu Leistungsträgern zu erziehen“ als „die schönste Herausforderung des Lebens“.

„Der vom Thron des Familienoberhaupts gestoßene Mann sehnt sich unverändert nach einer Partnerin, die, trotz hipper den-Mädels-gehört-die-Welt-Journale, in häuslichen Kategorien zu denken imstande ist, deren Brutpflegebetrieb auferlegte Selbstverwirklichungsambitionen überragt.“
Auszug aus: Für ein freies Österreich von Michael Howanietz

2023 vereinbarten die in Salzburg gemeinsam regierenden Parteien ÖVP und FPÖ finanzielle Unterstützungen für Familien, die ihre Kinder familienintern (also nicht in Kindergärten) betreuen wollen. Vorbild für diese Herdprämie ist die Salzburger ÖVP-Gemeinde Berndorf, welche eine solche Unterstützung 2013 einführte und seither keine Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren mehr anbietet!

Nicht nur Arbeiterkammer und Opposition laufen gegen diese Art der geplanten finanziellen Unterstützungen im Land Salzburg Sturm, sondern angesichts des allerorts bestehenden Fachkräftemangels auch die ansonsten nicht gerade als frauenbewegt bekannten Wirtschaftsvertreter:

„Sie erschweren in erster Linie den Frauen, die einen Großteil der Betreuungsarbeit leisten, den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt, schwächen damit ihre finanzielle Unabhängigkeit und die Beiträge in die Pensionsversicherung.“ (Präsident der Industriellenvereinigung Salzburg Peter Unterkofler, profil, 31.5.2023)

Und in Niederösterreich, wo seit 2023 die FPÖ ebenfalls mitregiert? Auch dort soll eine Arbeitsgruppe Vorschläge zur finanziellen Aufwertung der Kinderbetreuung im Familienverband erarbeiten.



Die Frau ist zurück am Herd

© Illustration: WZ, Bildquelle: Adobe Stick, Picturedesk



SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE ALS „IDEOLOGISCHE PERVERSION“

Als die FPÖ Anfang der 2000er-Jahre auf Bundesebene mit der ÖVP koalierte, gab es für die Agenden der Frauen zwar kein eigenes Ressort, dafür aber einen Mann, der als Minister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz die Frauenangelegenheiten nebenbei übernahm: Herbert Haupt. Gleich zu Beginn seines Amtsantritts verbreitete er im Dezember 2000 die Ansicht, dass ein Schwangerschaftsabbruch nicht die alleinige Entscheidung der Frau sein dürfe. Ein Konsens mit dem Kindesvater in spe wäre zwingend erforderlich. Nur ein Sturm der Entrüstung von Frauen konnte damals eine entsprechende Regelung verhindern.

Auch 2023 sieht die Freiheitliche Partei Schwangerschaftsabbrüche als einen Angriff auf das traditionelle Frauen- und Familienbild. Die FPÖ-Familien- und Frauensprecherin Rosa Ecker nennt es „eine ideologische Perversion“ und stimmt gegen einen kostenlosen Zugang und eine Steuersenkung auf Verhütung und Schwangerschaftsabbrüche. Die FPÖ fordert stattdessen eine Beibehaltung der Rezeptpflicht auf die „Pille danach“. Da diese Pille aber schnell nach dem Geschlechtsverkehr eingenommen werden muss, erhöht eine Rezeptpflicht die Gefahr einer ungewollten Schwangerschaft.

FRAUEN, HÖRT DIE SIGNALE!

Auch für die kommenden Wahlen 2024 gilt: Frauen, hört die Signale! Wählt keine Partei,

- die Frauen vorrangig als Hausfrauen und Mütter betrachtet und auf diese Rollen reduziert,
- die der Istanbul-Konvention eine exzessive Gewaltdefinition unterstellt, weil in ihr jede Form der Gewalt an Frauen abgelehnt wird,
- die mit einer Herdprämie den (vor allem im ländlichen Raum) bestehenden Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen verschärfen will, um Frauen von der Erwerbstätigkeit fernzuhalten und damit in die Altersarmut zu drängen,
- die den Frauen das Selbstbestimmungsrecht abspricht und
- von der zu befürchten ist, dass sie die vor mehr als 50 Jahren schwer erkämpfte Fristenlösung zum Schwangerschaftsabbruch wieder abschafft.

Weiterführende Quellen:

So macht die FPÖ Politik gegen Frauen. Kontrast.at.

<https://kontrast.at/fpoe-frauen-politik/>

FPÖ – Ecker zu Grünen: Steuersenkung auf Grundnahrungsmittel statt auf Verhütung und Schwangerschaftsabbruch!

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230719_OTS0087/fpoe-ecker-zu-gruenen-steuersenkung-auf-grundnahrungsmittel-statt-auf-verhuetung-und-schwangerschaftsabbruch

Herbert Kickl – Eine Botschaft an die Frauen dieses Landes! FPÖ TV.

<https://www.youtube.com/watch?v=-TlrzPuLmZs>

Parlament lehnt Konvention zum Schutz von Frauen ab. Zeit Online.

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-05/ungarn-parlament-istanbul-konvention-europarat-gewalt-gegen-frauen>